

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Body-Cams bei den Polizeien im Land Bremen

Bei Body-Cams handelt es sich um Videokameras, die gut sichtbar am Körper getragen werden. Diese Art Kameras können Videosequenzen aufzeichnen, wobei der Impuls zur Aufzeichnung von einer Fernbedienung am Handgelenk gesendet wird. Bei Polizeien im europäischen Ausland sowie bei der Polizei in Hessen wurden in diesem Bereich bereits erste Erfahrungen gemacht. Die damit ausgestatteten Beamtinnen und Beamten müssen dabei immer als solche mit Videoaufzeichnungsgerät deutlich zu erkennen sein. Zum einen soll sich das aus einer deutlichen Aufschrift an der Uniform ergeben und zum anderen durch die sichtbare Kamera selbst, bei der zudem, sobald der Impuls ausgelöst wird, ein rotes Aufzeichnungslicht leuchtet. Welche Sequenzen aufgezeichnet werden, müssen die Beamtinnen und Beamten dabei selbst nach pflichtgemäßem Ermessen und unter Beachtung der polizei- und datenschutzrechtlichen Normen entscheiden.

Ziel der Videoaufzeichnungstechnik in Form von Body-Cams ist es, die Hemmschwelle für Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte höher zu setzen und dadurch der ansteigenden Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei entgegenzuwirken. Die Aufnahmen selbst können und sollen jedoch auch zur nachträglichen Geschehensaufklärung genutzt werden. Die Polizistinnen und Polizisten können sich dann von zu unrecht erhobenen Vorwürfen freimachen, andererseits müssen sie sich für eigenes Fehlverhalten verantworten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Inneres und Sport innerhalb von 6 Monaten ein mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und dem Personalrat der Polizeien unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Bundesländer abgestimmtes Konzept für den Einsatz von Body-Cams in öffentlich zugänglichen Räumen vorzulegen.

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Linda Neddermann, Mustafa Öztürk, Sülmez Dogan,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN